

Herausgeber

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Kommunikation
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 8618-50
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

Koordination und Redaktion

Gesamtredaktion: Ulrike Schultz, Hagen
Redaktion Kapitel IV: Cornelia Schlebusch, Castrop-Rauxel

Titelmotiv



ART / DESIGN
Anja Kotowski, Aachen



dreieck.triangle.driehoek -
Förderverein kulturschaffender Frauen
in der Euregio Maas-Rhein e.V., Aachen

Satz und Gestaltung

Fafalter GmbH, Düsseldorf

Druck

POMP Druckerei und Verlag GmbH, Bottrop

Bildquellen

Alle Abbildungen im Beitrag von Annette Kuhn:
Chronik-Archiv des Hauses der FrauenGeschichte, Bonn

© 2008/MGFFI 1065

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.mgffi.nrw.de/publikationen
- telefonisch: 01803-100110
C@II-NRW (9 Cent/Min. *)
*aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG

Bitte die Veröffentlichungsnummer 1065 angeben.

Frauen verändern **EUROPA** verändert Frauen

erledigt die CSU-Politikerin Post und Terminanfragen. Etwa 300 E-Mails erreichen sie täglich. Zu Hause, nach Rückkehr in ihren Wahlkreis, erwarten sie noch mal so viele. In Brüssel hat Angelika Niebler inzwischen vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie sich mit einem Kollegen teilt. Darunter eine Fremdsprachenkorrespondentin, ein Volljurist, eine Betriebswirtin und eine Politikwissenschaftlerin. In München ist sie als Anwältin in einer internationalen Sozietät tätig, übernimmt allerdings keine eigenen Mandate mehr.

Seit Angelika Niebler den Vorsitz im Industriesausschuss innehat, bleibt ihr für den Gleichstellungsausschuss nicht mehr viel Zeit. Dennoch schlägt ihr Herz für die Frauenpolitik – vor allem für die Frauen-Union. Seit 1999 ist sie Vorsitzende des größten FU-Bezirksverbandes in Bayern, der Frauen-Union Oberbayern. Erst im Lauf der Jahre erkannte sie zunehmend die Notwendigkeit: „Wenn Sie mich nach dem Abitur gefragt hätten, hätte ich gesagt: Chancengleichheit? Klar, die gibt es. Später habe ich dann gemerkt: die Probleme fangen erst an, wenn man Führungspositionen anstrebt. Dann geht es darum, selbstbewusst Positionen zu beanspruchen, anzuecken und nicht Everybody's Darling sein zu wollen.“ Besonders stolz ist die Münchenerin auf ein Mentoring-Programm, das sie aus der Taufe gehoben hat und das zwischenzeitlich deutschlandweit übernommen wurde. Mit dessen Hilfe haben bereits einige junge Frauen „Blitzkarrieren gemacht und politische Ämter übernommen“.

Im Frauenausschuss votierte sie unter anderem gegen die Einrichtung des EU-Gleichstellungs-Instituts in Vilnius/Litauen.

Das Genderkompetenzzentrum führt europaweit Analysen über die Gleichstellung von Frauen und Männern durch und wird mit 52 Mio. Euro jährlich finanziert. „Ich war der Meinung, dass das Geld besser in Projekten aufgehoben sei, die Frauen konkret unterstützen, anstatt eine weitere Agentur auf europäischer Ebene zu schaffen, die hauptsächlich Daten sammelt.“ Auch bei anderen Themen sorgt Angelika Niebler mit ihrer Meinung immer mal wieder für Diskussionsstoff, kritisiert zum Beispiel die „Regulierungswut der EU-Kommission“. „Es wird manchmal zu viel im Detail vorgegeben“, sagt die Juristin und ist froh, ihren Teil dazu beitragen zu können, dass das große Ganze nicht aus dem Blick gerät.

Sabine Heines

Vita

Angelika Niebler wurde 1963 in München geboren. Sie ist Rechtsanwältin und wurde in der Europawahl 1999 über die bayerische Landesliste für die CSU ins Europaparlament und später zum Mitglied des Vorstands der Europäischen Volkspartei gewählt. Angelika Niebler gehört der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP/ED) an. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie Mitglied des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Ferner gehört sie als stellvertretendes Mitglied dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz an. Im Bundestagswahlkampf 2002 war sie Mitglied des 16-köpfigen Beraterkreises «Stoiber-Team» und 2004 Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten. Außerdem ist die Juristin Mitglied des Fernsehrats des Zweiten Deutschen Fernsehens. Angelika Niebler ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von zehn und zwei Jahren.

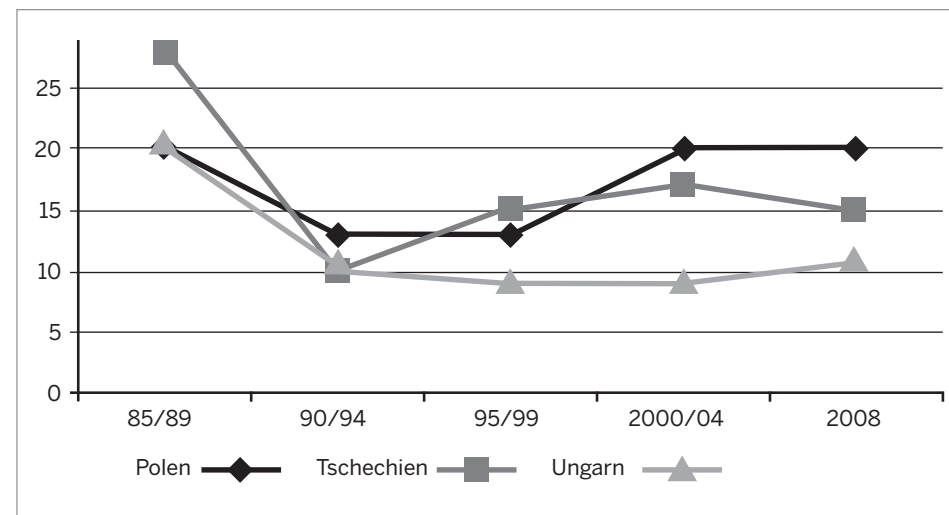
Gesine Fuchs

Die politische Partizipation von Frauen in den Beitrittsländern der EU – Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven

1. Zur aktuellen politischen Partizipation und Repräsentation heute

Bis 1989 war die politische Repräsentation von Frauen in den Parlamenten der realsozialistischen Staaten relativ hoch und betrug bis zu einem Viertel Anteil an den Sitzen; in den tatsächlichen Machtzentren, den Zentralkomitees und Politbüros der kommunistischen Parteien, waren sie aber quasi abwesend. Als mit der Transformation die Parlamente und Regierungen wirkliche Entscheidungsmacht bekamen, sanken die Frauenanteile teilweise rapide und erholten sich erst langsam im Laufe der 1990er Jahre.

Abbildung 1: Frauenanteile in nationalen Parlamenten seit 1989 in Prozenten



Quellen: Angaben aus Hoecker 1998, Hoecker/Fuchs 2004, Europäische Datenbank und www.ipu.org (11. April 2008).

Aktuell liegen die Frauenanteile in den Parlamenten der ostmitteleuropäischen Staaten unter dem EU-Durchschnitt, nämlich bei 16,7% gegenüber 27,1% in den alten EU-15. (vgl. die Grafik bei Klein). Auch der Anteil in den Regierungen ist geringer: sind es in den alten

EU-15-Staaten 30%, so gibt es in den „10plus“-¹-Staaten Ostmitteleuropas nur 16,3% Ministerinnen. Bei den sogenannten Basis-Ressorts, die sich mit staatlichen Grundaufgaben beschäftigen (wie Inneres, Justiz, Verteidigung und Außenpolitik) und die darum auch die mächtigen Ministerien in einer Regierung sind, liegen die Anteile bei 25% (EU-15) und 10,8% (10plus). Bei den klassischen „weiblichen Ressorts“ aus dem Sozial- und Kulturbereich gibt es kaum Unterschiede. Der Frauenanteil beträgt in den alten EU-15 40,7%, in den 10plus-Ländern 37,8%². Ähnliche Befunde gelten für die Regionalparlamente und -regierungen. Wie kann dieser Stand der Dinge erklärt werden, und welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es in den nächsten Jahren?

2. Herausforderungen und Schwierigkeiten, die einer erhöhten Partizipation entgegenstehen

Die feministische Partizipationsforschung hat immer wieder darauf hingewiesen, dass sozio-ökonomische Strukturen, institutionelle Faktoren sowie politische Kultur und Sozialisation drei miteinander verbundene Bestimmungsfaktoren für politische Beteiligung sind, die das konkrete Handeln politischer Akteurinnen beeinflussen. Umgekehrt können diese versuchen, Einfluss auf diese Umstände zu nehmen, um ihre Partizipation und Repräsentation zu erhöhen und ihre Ziele durchzusetzen.

2.1 Sozioökonomische Faktoren

Gemäß dem in den 1970er Jahren entwickelten und bis heute gültigen sog. sozioökonomischen Standardmodell (SES-Modell, vgl. Burns/Schlozman/Verba 2001) besteht zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und dem Interesse an Politik sowie tatsächlicher Beteiligung ein Zusammenhang: Je mehr Einkommen, Zeit, Bildung, Selbstvertrauen und Status eine Person hat, desto wahrscheinlicher ist ihre Partizipation. Da Frauen durchschnittlich weniger Bildung haben, weniger erwerbstätig sind und ein geringeres Einkommen haben als Männer, wird so ihre geringere Partizipation erklärt. In den 10plus-Staaten sind aber die Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern geringer, häufig weisen Frauen sogar höhere Bildungsabschlüsse auf. Die Erwerbsquoten für beide Geschlechter sanken in den 1990er Jahren teilweise markant, für Frauen aber stärker als für Männer. Teilweise hält der Rückgang der weiblichen Erwerbsquote auch nach 2000 noch an, beispielsweise in Polen und der Slowakei. Polen, Rumänien und Ungarn verfehlen das Ziel einer Frauenbeschäftigungsquote von 60%, wie sie die Europäische Beschäftigungsstrategie (Thiel 2006) vorsieht, deutlich. Die Einkommensunterschiede sind nicht generell größer als in anderen EU-Staaten, aber in einigen Ländern wie Tschechien oder Slowenien sind Frauen überdurchschnittlich erwerbslos (European Commission 2008).

¹ Damit sind die zehn Beitrittsstaaten in der Region gemeint.

² Quelle für alle Zahlen dieses Abschnitts: eigene Berechnungen nach Europäische Kommission, DG EMPL, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen, Abfrage Mai 2008: ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/index_de.htm. Die Ressortverteilung in den ostmitteleuropäischen Staaten ist damit in den letzten Jahren „stereotyper“ geworden, während sie in vorhergehenden Jahren noch mehr Ministerinnen in „untypischen“ Ressorts aufwies. Vgl. Hoecker/Fuchs 2004.

Tabelle 1: Erwerbsquoten 2006 in Prozent³

Land	Erwerbsquote Männer	Erwerbsquote Frauen	Prozentsatz-Unterschied Männer/Frauen
Bulgarien	68,8	60,2	8,6
Estland	75,8	69,3	6,5
Lettland	76,2	66,7	9,5
Litauen	70,5	64,6	5,9
Polen	70,1	56,8	13,3
Rumänien	70,7	56,6	14,1
Slowakei	76,4	60,9	15,5
Slowenien	74,9	66,6	8,3
Tschechien	78,3	62,3	16,0
Ungarn	68,7	55,5	13,2

Quelle: European Commission, Key employment indicator, February 2008.

2.2 Institutionelle Faktoren

Nach der demokratischen Transformation musste sich ein Parteiensystem erst herausbilden. Parteien mussten erst zu ihrer Funktion von Interessenrepräsentation und -vermittlung finden. Während dies in einigen Ländern weit vorangeschritten ist (z. B. Tschechien), ist die Parteienlandschaft in anderen Staaten immer noch in Bewegung (z. B. Polen). In den meisten westeuropäischen Staaten können sich über die Hälfte der Menschen mit einer bestimmten Partei identifizieren; in den neuen Mitgliedstaaten liegen diese Werte deutlich tiefer, in einigen sind dabei auch Geschlechterunterschiede ausgeprägt:

Tabelle 2: „Ich fühle mich einer bestimmten Partei näher als allen anderen“: Ja-Antworten in Prozent

	Männer	Frauen	Gesamt	Prozentsatz-Unterschied Männer/Frauen
Zum Vergleich:				
Deutschland	47,8	39,4	43,4	8,5
Ungarn	50,0	51,6	50,9	-1,6
Slowakei	46,2	35,9	41,1	10,3
Slowenien	42,3	32,8	37,2	9,4
Tschechien	37,2	36,1	36,6	1,1
Estland	32,2	31,3	31,7	1,0
Polen	26,7	17,8	22,1	8,9

Quelle: eigene Berechnungen nach European Social Survey 2004.

³ Es gibt keine Quelle mit international vergleichbaren und stringenten Zahlen. Wichtige Übersichten liefern www.feminismus.cz, www.oska.org.pl, www.feminoteka.pl und www.rewindnet.org.

Klare, transparente und regional abgestützte Parteistrukturen mit tatsächlich demokratisch verfasster Willensbildung sind aber wichtig, damit auch weibliche Parteimitglieder reelle Chancen haben, nominiert zu werden. Nur dann sind Quotenregelungen Erfolg versprechend. Solche Quoten gibt es in einigen Parteien in Tschechien, Ungarn, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien und Rumänien, also in sieben von zehn der neuen Mitgliedsländer (www.quotaproject.org).

2.3 Politische Kultur und Sozialisation

Die politische Kultur eines Landes stellt einen zentralen Einflussfaktor auf die politische Partizipation von Frauen dar. Sie umfasst die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder einer Nation, die im Rahmen des politischen Sozialisationsprozesses geprägt und übermittelt werden. Dazu gehören auch die vorherrschenden Frauen- und Männerbilder in der Politik. Generell gibt es in den neuen Mitgliedstaaten größere Barrieren für ein politisches Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger als in den alten EU-Staaten. Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen wie Parlament, Regierung oder Gerichte ist geringer.

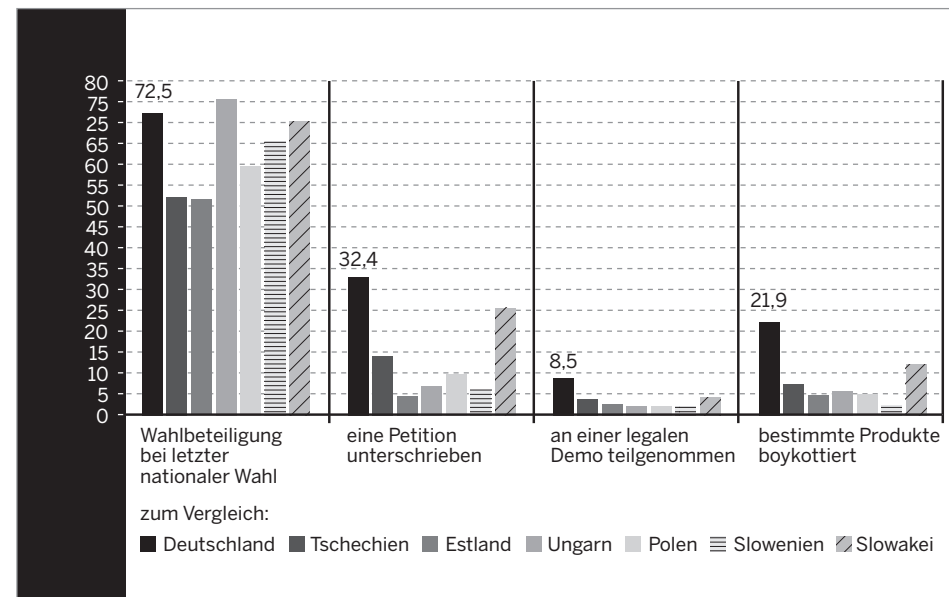
Tabelle 3: **Vertrauen in Institutionen**

Land	Vertrauen ins Parlament	Vertrauen ins Rechtssystem	Vertrauen in Politiker	Vertrauen in politische Parteien
Zum Vergleich:				
Deutschland	4,21	5,54	3,23	3,18
Estland	4,19	4,91	3,31	3,09
Ungarn	3,63	4,43	2,68	2,71
Polen	2,40	3,01	1,92	1,89
Slowenien	4,13	3,85	3,10	3,21
Slowakei	3,05	3,58	2,53	2,66

Quelle: eigene Berechnungen nach ESS 2004. Nicht aufgeführte Länder haben nicht teilgenommen. 0 bedeutet gar kein Vertrauen, 10 vollstes Vertrauen.

Politische Beteiligung oder Protest kommen in geringerem Ausmaß vor als in bereits lang etablierten Demokratien. Frauen sind dabei, ähnlich wie in westeuropäischen Ländern, weniger beteiligt. Die Unterschiede sind allerdings geringer als beim in solchen Umfragen abgefragten „politische Interesse“. Keine Geschlechterunterschiede gibt es beim Boykott bestimmter Produkte aus politischen Gründen – als Konsumentinnen handeln Frauen also gleich politisch wie Männer.

Abbildung 2: **Politische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten in Prozent**



Quelle: Eigene Berechnungen nach ESS 2004

Tabelle 4: **Politische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten in Prozent**

Land	Wahlbeteiligung bei letzter nationaler Wahl	eine Petition unterschrieben	an einer legalen Demo teilgenommen	bestimmte Produkte boykottiert
Zum Vergleich:				
Deutschland	72,5	32,4	8,5	21,9
Tschechien	52,0	13,6	3,4	6,9
Estland	51,3	4,1	2,0	4,2
Ungarn	75,4	6,3	1,6	5,2
Polen	59,6	9,3	1,6	5,0
Slowenien	65,6	5,8	1,6	2,2
Slowakei	70,2	25,3	3,8	11,6

Quelle: eigene Berechnungen nach ESS 2004. Bei den Wahlen ist der Geschlechterunterschied nur in Ungarn groß, wo 10% weniger Frauen als Männer ihre Wahlbeteiligung deklarierten.

Darüber hinaus werden seit der Wende wieder traditionelle, teilweise stereotype Geschlechterrollen favorisiert. Dies sei anhand einer Aussage zu Arbeitsplätzen belegt:

Tabelle 5: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollten Männer mehr Recht auf eine Arbeit haben als Frauen“: (starke) Zustimmung in Prozent

	Männer	Frauen	Prozentsatz-Differenz
Zum Vergleich:			
Deutschland	23,5	20,9	2,6
Tschechien	41,1	32,3	8,8
Estland	41,4	33,1	8,3
Ungarn	59,0	56,1	2,9
Polen	44,1	38,0	6,1
Slowenien	23,2	25,2	-1,9
Slowakei	33,4	31,1	2,3

Quelle: eigene Berechnungen nach ESS 2004.

Dass Männer in Krisenzeiten mehr Recht auf einen Arbeitsplatz haben sollen, wird in allen neuen Mitgliedstaaten stärker als in Deutschland bejaht – dies ist ein Zeichen, dass das „männliche Ernährermodell“ als Leitbild oder Wunschbild noch große Anerkennung genießt – bei Frauen allerdings deutlich weniger. Die neuen Mitgliedstaaten haben damit Ähnlichkeiten mit südeuropäischen Ländern und unterscheiden sich deutlich von Skandinavien, wo die Zustimmung im einstelligen Bereich liegt. Allerdings zeigen die verschiedenen Befragungswellen des World Value Survey (www.worldvaluessurvey.org), dass die Zustimmung zu diesem traditionellen Modell überall, also auch in Ostmitteleuropa, rückläufig ist.

Ein „Eurobarometer“ zur Diskriminierung in der Europäischen Union (2007) hat gezeigt, dass das Bewusstsein der Frauendiskriminierung in den neuen Mitgliedstaaten bis auf Tschechien durchweg unter dem EU-25 Durchschnitt von 40% liegt (ebenso rangiert Deutschland mit 21% hinten, vgl. Eurobarometer 2007: 74).

Repräsentationsdefizite in der Politik oder in wirtschaftlichen Führungspositionen werden ebenfalls leicht unterdurchschnittlich bedauert:

Tabelle 6: „Würden Sie sagen, wir brauchen ...“ - Ja-Antworten in Prozent

	mehr weibliche Abgeordnete	mehr Frauen in beruflichen Führungspositionen
Zum Vergleich:		
EU25	72	77
Deutschland	65	76
Tschechien	77	73
Estland	72	70
Lettland	69	73
Lettland	67	73
Ungarn	71	67
Polen	67	72
Slowenien	71	77
Slowakei	82	76
Bulgarien	57	64
Rumänien	64	72

Eurobarometer 2007: 134, 136 – Geschlechterunterschiede sind nicht ausgewiesen.

Das größte Hindernis für eine aktive Gleichstellungspolitik dürfte so nicht das fehlende Erkennen der Diskriminierung in der Bevölkerung sein, sondern der tatsächliche politische Wille, das Problem hoch oben auf die Agenda zu setzen und Diskriminierung aktiv zu bekämpfen - bei Regierungen ebenso wie in der Zivilgesellschaft.

3. Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der Zusammenarbeit

3.1 Bewegungen

In allen neuen Mitgliedsländern haben sich Frauenbewegungen langsam entwickelt. Frauenorganisationen machen zwar nur einen kleinen Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen insgesamt aus, doch gehören sie häufig zu den renommiertesten und am besten sichtbaren Vereinigungen in den Ländern. Es gibt zwar Frauenorganisationen, die vor allem karitativ oder sozialarbeiterisch tätig sind, doch häufig sind diese praktischen mit strategischen Arbeiten – also der Einflussnahme und der Propagierung neuer Identitäten – in einer Organisation verbunden bzw. häufig kooperieren „praktische“ und „strategische“ Organisationen. Beides erhöht die Glaubwürdigkeit in einem skeptischen Umfeld. Pointiert gesagt sind die Megathemen der Frauenorganisationen in Ostmitteleuropa Arbeit und Bildung sowie Körper und Gewalt. Es sind Themen, die sich aus Transformationserfahrungen herauskristallisiert haben. Fragen der Erwerbsarbeit, der Qualifikation und der Bildung/ Weiterbildung werden zu zentralen Punkten für wirtschaftliche Unabhängigkeit in den

neuen Demokratien. Neben Gruppierungen, die Hilfen für Erwerbslose leisten, sind Berufsverbände, Businesswomen-Clubs und Krankenschwesterngewerkschaften u. a. entstanden. Auch heute überwiegt bei ihnen ein Gleichheitsdiskurs gegenüber differenz-feministischen Positionen – d. h. es wird von der grundsätzlichen Gleichheit von Frauen und Männern ausgegangen und kaum mit dem unterschiedlichen Wesen oder grundsätzlich unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen und Männern argumentiert. Das ist einerseits Frucht des früheren staatssozialistischen Gleichheitsdiskurses: Frauen können alles genauso gut wie Männer und sind darüber hinaus noch gute Mütter; der Weg zu ihrer Befreiung führt über Erwerbstätigkeit und Vergesellschaftung von Haus- und Reproduktionsarbeit. Andererseits spielt hier eine Rolle, dass die Trennung oder Front zur Zeit des Staatssozialismus vornehmlich zwischen Staat und Gesellschaft und nicht zwischen Frauen und Männern verlief; die Opposition – Männer wie Frauen - kämpfte gemeinsam und einig gegen den Staatssozialismus, und nur gemeinsam schien ein Fortschritt möglich⁴.

In den ersten Jahren nach dem Umbruch waren für viele Organisationen die finanziellen Unterstützungen ausländischer Regierungsprogramme und großer Geberorganisationen wie zum Beispiel der Ford-Foundation, der Soros-Stiftungen und auch der politischen parteinahen Stiftungen aus Deutschland sehr wichtig. Dies gilt besonders für Frauenorganisationen, die kaum auf inländische Gelder und Unterstützung zählen konnten, griffen sie doch häufig tabuisierte und unangenehme Themen auf und befanden sich mit ihren Forderungen politisch in Opposition zu den Regierungen. Mit dem voranschreitenden Beitrittsprozess zogen viele Geldgeber weiter nach Osten und verwiesen dabei die NGOs auf die ihnen nun zugänglichen EU-Förderinstrumente, wie bspw. den Europäischen Sozialfonds. An der Basis zeigten sich aber bald Probleme: Viele dieser Fonds werden nun dezentral von den nationalen Regierungen verwaltet, da dies zweckmäßiger und «bürgernäher» sein soll. Die Regierungen messen Geschlechterfragen in der Regel aber keine Priorität bei.

Formale Kriterien schließen viele Fraueninitiativen von der Antragstellung aus; so wird häufig ein Mindestbudget oder eine Mindestdauer des Bestehens verlangt. Auch die Informationspolitik hat einen entscheidenden, häufig exkludierenden Einfluss. In vielen Fällen sind Informationen über Ausschreibungen nicht in allen Landessprachen erhältlich, und sie kommen deshalb nicht vor Ort an, gerade nicht in ländlichen Regionen. Nicht alle Fraueninitiativen können einen Antrag auf Englisch formulieren bzw. haben das Geld für eine Übersetzung. Englischkenntnisse sind in den früheren sozialistischen Ländern immer noch weniger verbreitet als in den EU-Kernländern. Die komplizierten Abrechnungsregeln, verzögerte Zahlungen seitens der EU und Kofinanzierungsregeln tun ein Übriges (Fuchs/Payer 2007, bes. 166-168).

Expertinnen schätzen, dass nur etwa 20% aller Frauenorganisationen in der Lage sind, selbst EU-Gelder zu akquirieren⁵. Schwierigkeiten ergeben sich auch daraus, dass die Förderschwerpunkte der EU wechseln. Die Aktivitäten und Programme der Organisati-

⁴ Eine Auseinandersetzung über patriarchalische Strukturen und Frauendiskriminierung in der Gesellschaft und in der Opposition war damit natürlich sehr erschwert.

⁵ Persönliche Mitteilung Joanna Piotrowska, feminoteka Warschau, 20. August 2007.

onen müssen darum häufig angepasst werden, damit eine Initiative weiter Mittel erhält. Eine solche „Themenkonjunktur“ ist aber nicht nachhaltig für die Arbeit und Kompetenz der Organisationen. Bisher ist nur ein sehr geringer Teil der EU-Gelder für Gender-Fragen ausgegeben worden (Funk 2006, 77). Diese Tatsachen charakterisieren ein schwieriges Umfeld für die politischen Aktivitäten von Frauenorganisationen – nationale Gelder stehen nach wie vor nur spärlich zur Verfügung. Ohne EU-Unterstützung gäbe es viele Organisationen nicht mehr, gleichzeitig wird ihre Agenda durch die Förderschwerpunkte bestimmt. Dies sollte aber kein Grund sein, sich von der Möglichkeit der EU-Finanzierung gänzlich zu verabschieden.

3.2 Institutionalisierte politische Partizipation

Die Verbesserung der Partizipation von Frauen kann nur gelingen, wenn die Teilhabe und Interessenvertretung von Frauen als legitim, notwendig und wichtig angesehen wird. Hierfür sind Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen erforderlich. Frauenbewegungen verändern kulturelle Normen, Identitäten und Diskurse. Sie setzen Themen auf die Agenda, legitimieren Frauen als Politikerinnen und liefern Argumente für mehr Frauen in politischen Institutionen. Tatsächlich haben Frauenorganisationen mehr und mehr erkannt, dass es für die eigenen Ziele auch wichtig ist, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Die sogenannten „Frauenwahlkoalitionen“ sind hierfür typisch. Sie waren in den Beitrittsstaaten etwa seit der Jahrtausendwende entstanden, so in Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Litauen und Estland; erfunden wurden sie 1997 von BaBe („Be Active, Be Emancipated“, auch: „Weib“, www.babe.hr) in Kroatien. Diese riefen zur Nomination und zur Wahl von Frauen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auf; denn mehrheitlich sind in den Wahlgesetzen Möglichkeiten enthalten, die Wahllisten zu verändern. Sie forderten von Parteien eine klare Frauenmobilisierung und Quotenregelungen. Sie lancierten Wahlgesetzänderungen, die z. B. vom französischen Parité-Gesetz inspiriert waren. Sie schulten (angehende) Politikerinnen. Sie betrieben Öffentlichkeitsarbeit und formulierten geschlechterpolitische „Wahlprüfsteine“ für die Kandidierenden. Manchmal waren sie recht erfolgreich, etwa in Polen oder der Slowakei (Hoecker/Fuchs 2004). Nachhaltige Erfolge brauchen allerdings über mehrere Wahlen hinweg wiederholte Aktionen.

In einigen osteuropäischen Staaten haben sich Frauenparteien gegründet. Das betrifft vor allem Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Strukturelle Faktoren wie ein präsidentielles System und ein personalisiertes Wahlsystem haben begünstigt, dass Frauen den Einflusskanal einer eigenen Partei zu etablieren suchten, denn eine Karriere oder Einfluss in den Führer- oder Klientelparteien war kaum möglich (Ishiyama 2003). In mehreren dieser Mitgliedstaaten wie z. B. Litauen, Bulgarien, Polen und Ungarn waren Frauenparteien ein vorübergehendes Phänomen: Je eher Parteien sich für Frauen öffnen und je eher sie Möglichkeiten für ein parteipolitisches Engagement bieten, desto weniger notwendig scheint eine Frauenpartei zu sein. Allerdings kann Polen seit 2006 eine neue Frauenpartei aufweisen. Sie wurde von einer Schriftstellerin gegründet und vertritt eine klassische frauen-

politische Agenda⁶. Sie wird von zahlreichen prominenten Kulturschaffenden unterstützt und konnte bei den vorgezogenen Wahlen 2007 immerhin 0,28% der Stimmen holen – mehr als die deutsche Minderheit in Polen (www.polskajestkobieta.org). Für eine Bewertung der Bedeutung und des Einflusses dieser Frauenpartei scheint es noch zu früh.

3.3 Einfluss auf europäischer Ebene?

Frauenorganisationen der neuen Mitgliedsländer ist es mittlerweile gelungen, in die europäischen Interessenvertretungssysteme integriert zu werden. Dieser Weg führte namentlich über die Europäische Frauenlobby. Die EWL (www.womenlobby.org) wurde 1990 auf Initiative der Europäischen Kommission gegründet, die auch heute den Großteil des Budgets bestreitet. Die EWL vertritt etwa 2700 Organisationen. Erst seit 2003 konnten Organisationen aus den Beitrittsstaaten Mitglied der Lobby werden; aus den nicht zur EU gehörigen europäischen Ländern werden weiterhin keine Mitglieder aufgenommen. Schwerpunkte der Arbeit sind etwa Gewalt gegen Frauen, die Erhöhung der politischen Repräsentation und die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Dossiers zu Händen der Kommission bilden einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit. An der Verankerung des Gender-Mainstreaming-Prinzips und der Gleichheit zwischen Frauen und Männern als Ziel der Union im Amsterdamer Vertrag hatte die EWL wesentlichen Anteil (Schmidt 2000).

Auf der europäischen Ebene hat die EWL quasi eine Monopolstellung als Vertreterin „der Frauen“. Das ist deshalb problematisch, weil die EWL nur zu Themen Stellung nimmt, die zwischen den Mitgliedsorganisationen weitgehend unumstritten sind. Damit entsteht das Bild von einheitlichen Fraueninteressen, die es so in Wirklichkeit nicht gibt. Es kommt aber dem Bedürfnis der Europäischen Kommission entgegen, in ihrem „Dialog mit der Zivilgesellschaft“ eine möglichst übersichtliche Zahl von Ansprechpartner/-innen/-n zu haben (Finke/Knodt 2005). Umstrittene Themen – wie etwa die nach reproduktiven Rechten oder die Haltung zur Prostitution – werden so nicht integriert (zum Beispiel der polnischen Dachorganisationen siehe Fuchs/Payer 2007). Das gilt auch für Interessen außerhalb von EU-Ländern. Die Frauenlobby ist als eine moderate, übergreifende und große Lobby unabdingbar, doch es sind weitere Interessenvertretungen für andere, widersprechende oder radikalere Forderungen notwendig.

Alternative Netzwerke können diese Probleme vielleicht lösen. Zu Netzwerken mit regionalen osteuropäischen Wurzeln zählen z. B. das NEWW – Network of East West Women (www.neww.org), das seit Anfang der 90er Jahre besteht und Organisationen aus fast 30 Ländern umfasst. Die Karat-Koalition (www.karat.org) wurde 1997 gegründet, um die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking in den osteuropäischen Staaten zu propagieren und zu beobachten. Ursprünglich ein Zusammenschluss aus 12 Ländern, arbeiten mittlerweile 44 Organisationen aus 21 Ländern mit (Balkan, Osteuropa, GUS-Staaten).

⁶ So wird eine bessere Gesundheitsversorgung, insbesondere im Bereich der Frauengesundheit gefordert, die Finanzierung von Verhütungsmitteln durch die Krankenkasse, bessere Sozialleistungen und Unterstützung für arme Familien und alleinerziehende Mütter, Schutz vor häuslicher Gewalt, Lohnungleichheit, Sexualkunde und, etwas verklausuliert, „die Möglichkeit der Selbstbestimmung in Fragen der Familienplanung“, vgl. www.polskajestkobieta.org/index.php/?page_id=13. 15. Mai 2008.

Karat hat regelmäßig Stellung zum Geschlechteraspekt der EU-Erweiterung genommen und nachdrücklich gefordert, die soziale Dimension der europäischen Integration zu stärken: Geschlechtergleichheit müsse wichtige Leitlinie ökonomischer Entscheidungen im Beitrittsprozess sein. Wichtiger Schwerpunkt der Arbeit von Karat ist nach wie vor das Monitoring von EU-Politiken, also die Beobachtung, Kommentierung der nationalstaatlichen Umsetzung mit darauf folgender kritischer Berichterstattung und ggf. öffentlicher Anprangerung der Versäumnisse. Schließlich ist noch das Netzwerk ASTRA (www.astra.org.pl) zu nennen, das sich für sexuelle und reproduktive Rechte einsetzt. Alle diese Netzwerke versuchen die EU-Politik zu beeinflussen und kooperieren zu einem gewissen Ausmaß miteinander, nehmen sich aber gegenseitig nicht unbedingt als Lobby-Frauenetzwerke wahr. Die EWL hat erklärt, sie wünsche sich mehr Frauenorganisationen auf der EU-Ebene. Doch scheinen Missverständnisse zwischen Ost und West weiter zu bestehen und Kooperationen sind rar, wie eine neue Forschungsarbeit zeigt:

„Was die Kooperation zwischen der EWL und den in Polen ansässigen Netzwerken betrifft: Hier scheinen sich Erwartungen der einen, Wahrnehmung der anderen und Rollenverständnisse nicht zu treffen. NEWW und KARAT erwarten sich, von der EWL auf dem EU-Parkett eingeführt zu werden und ihre Lobbying-Strukturen nutzen zu können, die EWL nimmt von KARAT und NEWW aber nur einen Teil ihrer Identität wahr – den als regionale Netzwerke. Als ebenbürtige Partnerinnen werden sie nicht gesehen. Auch ist fraglich, ob die EWL tatsächlich neben sich Organisationen wünscht, die in bestimmten Fragen andere Meinungen vertreten“ (Aigner 2007: 83).

Hieran zeigt sich, dass offener Austausch, Kooperationen und gemeinsame Projekte – typischerweise mit EU-Geldern unterstützt – wichtig sind, um Missverständnisse auszuräumen und zu gemeinsamen Agenden zu kommen⁷.

Zusammengefasst sind die Entwicklungsperspektiven für weibliche Partizipation in den neuen Mitgliedstaaten umso besser, je stärker die politische Entfremdung abnimmt und je mehr politisches Vertrauen steigt. Beides führt dazu, dass die Bevölkerung politisches Engagement oder politischen Protest für aussichtsreich hält. Je mehr sich Parteiensysteme und Parteien demokratisch konsolidieren, desto bessere institutionelle Voraussetzungen gibt es für weibliches Engagement und wirksame Quotierungen. Gesellschaftliche Diskurse und Frauenbewegungen sind notwendig, um einen Wertewandel hin zu egalitären, geschlechtergerechten Auffassungen über Politik zu fördern. Lobbying und politische Netzwerke, aber auch Unterstützung für Politikerinnen sind hierzu nötig. Rechtspolitische Vorschläge und Druck auf die Regierungen, für eine wirksame Umsetzung bestehender EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung zu sorgen und eine wirksame Gleichstellungspolitik zu betreiben, sind in den neuen Mitgliedstaaten besonders wichtig. Dies ist allerdings relativ zu sehen: eine wirksamere Antidiskriminierungspolitik ist auch in den alten Mitgliedstaaten bitter nötig.

⁷ Für Beispiele für Kooperationen zwischen dem Chancengleichheitsausschuss des Europaparlamentes und Vertreterinnen aus den Beitrittsstaaten schon vor der Erweiterung, siehe Hadj-Abdou/Mayrhofer 2006.

Literatur

- Aigner, Heidrun (2007):** Die Europäische Beschäftigungsstrategie. Gleichstellungspolitische Konzeptionen und Einbindung ost-westeuropäischer Frauennetzwerke, Masterthesis, Wien: Rosa-Mayreder-College.
- Burns, Nancy; Schlozman, Kay Lehman; Verba, Sidney (2001):** The private roots of public action. Gender, equality, and political participation, Cambridge: Harvard University Press.
- Eurobarometer (2007):** Diskriminierung in der Europäischen Union (Eurobarometer Spezial 263 / Welle 65.4), Brüssel.
- Europäische Kommission, DG EMPL,** Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen, verfügbar am 11. April 2008 unter ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/index_de.htm.
- European Commission:** Key employment indicators Feb. 2008, verfügbar am 12. Mai 2008 unter ec.europa.eu/employment_social/employment_analysis/employ_2006_de.htm.
- European Social Survey (2005):** ESS round 2 R Jowell and the Central Co-ordinating Team, European Social Survey 2004/2005, London: Centre for Comparative Social Surveys, City University.
- Fuchs, Gesine/Payer, Sylvia (2007):** Women's NGOs in EU governance. Problems of finance and access. In: Obradovic, D./Pleines, H. (eds.): The capacity of Central and East European interest groups to participate in EU governance (Changing Europe book series, vol. 2), Stuttgart: Ibidem Publishers, 163-182.
- Funk, Nanette (2006):** Women's NGOs in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: The Imperialist Criticism. In: femina politica, H. 1, S. 68–83.
- Hadj-Abdou, Leila; Mayrhofer, Monika (2006):** FEMMinistische Politik nach der EU-Erweiterung. In: femina politica, H. 1, S. 58–67.
- Hoecker, Beate (Hrsg.) (1998):** Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate; Fuchs, Gesine (Hrsg.) (2004):** Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten, Wiesbaden: VS.
- Ishiyama, John T. (2003):** Women's Parties in Post-Communist Politics. In: East European Politics and Societies, H. 2, S. 266–304.
- Knodt, Michèle; Finke, Barbara (Hrsg.) (2005):** Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategie, Wiesbaden: VS.
- Schmidt, Verena (2000):** Zum Wechselverhältnis zwischen europäischer Frauenpolitik und europäischen Frauenorganisationen. - In: Lenz, Ilse (Hrsg.): Frauenbewegungen weltweit: Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Opladen: Leske + Budrich, 199-230.
- Thiel, Anke (2006):** Zwischen Lissabon und Tallinn - Europäische Beschäftigungsstrategie und Frauenerwerbstätigkeit nach der EU-Osterweiterung. In: femina politica 15, No. 1, 20-34.

Brigitte Rauschenbach

Modernisierung der Geschlechterverhältnisse in Europa?

1. Europas konservative Moderne

Warum Modernisierung kein geschlechtsneutrales Konzept ist

Frauen haben bei der politischen Umwälzung zur Moderne in Europa an vorderster Stelle agiert. Darauf hat der bedeutende französische Historiker Jules Michelet in seiner Hommage an „Die Frauen der Revolution“ frühzeitig aufmerksam gemacht¹. Allerdings setzte ihre politische Teilhabe aus, sobald sich die Zustände normalisierten. Von den demokratischen Errungenschaften der Revolution blieben die Französinen bis ans Ende des Zweiten Weltkriegs ausgeschlossen. Jetzt endlich erhielten auch sie das Wahlrecht. Nicht nur Frankreich folgte dabei einer Tradition, die ausgerechnet der philosophische Vater des republikanischen Projektes, Jean-Jacques Rousseau, mit argumentativem Aufwand zu erneuern verstand, als er der Nation die politischen Gründe vorgab, um Frauen ins Haus zu verbannen, weil hier, im „kleinen Vaterland“ der Familie, die wahre Schule des Patriotismus sei². Auch die deutschen Philosophen Kant, Fichte und Hegel begeisterten sich an der revolutionären Moderne, ohne an der Geschlechterordnung zu rütteln. Das Gegenteil war der Fall. Für die bürgerliche Welt des 19. Jahrhunderts war die geschlechtstypologische Ausdifferenzierung in Öffentlichkeit und Privatheit, bezahlte und unbezahlte Arbeit, vormoderne Hausaufgaben und moderne Unternehmensführung eine nur von den Sozialisten bekämpfte Vorbedingung. Die moderne Welt platziert Männer und Frauen in einer asymmetrisch gestalteten arbeitsteiligen Ordnung und baut auf dieser Ordnung auf.

Obwohl alle wichtigen **Modernisierungsmerkmale** wie Individualisierung, Emanzipation, Rationalisierung, Effizienz, Technisierung, Säkularisierung männlich konnotiert sind, wurden die geschlechtlichen Implikationen in der wissenschaftlichen Diskussion lange Zeit übersehen.

Das gilt für die Zeit nach der Französischen Revolution ebenso wie für die der industriellen Revolution folgende Phase des so genannten Fordismus, wie die Epoche nach dem Ersten Weltkrieg in Anlehnung an den Industriellen Henry Ford genannt wird³. Auch hier kam es ganz anders als sozialistische Theoretiker wie Friedrich Engels oder August Bebel in ihren Schriften zur Frauenfrage gedacht hatten. Ausgerechnet die mit wissenschaftlichen Prinzipien vollzogene Durchrationalisierung und Automatisierung der industriellen Produktion

¹ Michelet 1984.

² Vgl. Rousseau (1986), p. 420: „Als ob (...) die Liebe zu den Nächststehenden nicht die Grundlage der Liebe wäre, die man dem Staat schuldet; als ob nicht durch das kleine Vaterland der Familie das Herz an das große gefesselt würde“.

³ Zum Verhältnis von Fordismus und Geschlechterkultur vgl. Kohlmorgen (2004).